

nicht autorisiert - nicht zitierfähig

Möller (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Kollegen der Polizei! Liebe Brandenburger! Sie werden es sicherlich erahnen, Herr Büttner: Wir lehnen Ihren vorliegenden Gesetzentwurf ab. Die Überweisung an den AIK lehnen wir auch ab; man braucht sich über so etwas nicht zu unterhalten.

(Lachen)

Sie haben uns gestern vorgeworfen, wir hätten einen komischen Atomantrag gestellt, dann können wir hier auch dagegenschießen und sagen: Dieser Antrag macht keinen Sinn - es ist ja ein Gesetzentwurf.

Die LINKEN machen aus ihren Beweggründen keinen Hehl, und Herr Büttner hat in seinem Beitrag zum Ausdruck gebracht, es gehe ihm nicht darum, für Polizisten eine neutrale Anlaufstelle zu schaffen, und auch nicht darum, die Arbeitssituation von Polizisten durch einen solchen Beauftragten zu verbessern. Es geht ihm noch nicht einmal darum, die Position der Bürger gegenüber der Polizei zu stärken, sondern es geht ihm ausschließlich darum, Polizisten - in Ihren Augen politisch korrekt - zu nerven und die AfD-Sympathisanten unter den Polizeibeamten zu identifizieren und einzuschüchtern,

(Zuruf)

genauso wie die Gewerkschaft der Polizei, GdP, in ihrer aktuellen Ausgabe vom April 2021 öffentlich auf Seite 2 bekannt gab, dass Polizisten, die AfD-Parteimitglieder sind, nicht mehr in der GdP erwünscht seien. - So viel zu Toleranz und Meinungsfreiheit!



nicht autorisiert - nicht zitierfähig

Sie von den LINKEN wollen die Beamten nicht nur einschüchtern, Sie wollen sie auch nach realsozialistischem Prinzip umerziehen. Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur hat im letzten Jahr ihren Fünften Tätigkeitsbericht, Drucksache 7/1219, vorgetragen - wir haben in der Juli-Plenarsitzung letzten Jahres darüber debattiert -, und was haben die LINKEN aus der Geschichte gelernt? Nichts! Wie sonst soll man den Passus im Gesetzentwurf verstehen, dass Sie die Polizei zur - Zitat -: „lernenden Organisation“ fortentwickeln wollen?

(Zuruf: Ja!)

In dem Gesetzentwurf steckt jede Menge SED-DNS oder -DNA. Die Herkunft des Antrages ist unverkennbar. Wir sind darauf gespannt, was die Regierungskoalition aus dem Antrag macht. Sie wissen genau, dass wir von der AfD eine Vielzahl von Parteimitgliedern haben, die auch Polizisten sind. Und was ist der Grund dafür? Weil die Kollegen der Polizei Ihre ideologischen Multikulti-Verwirrungen auslöffeln und für Ihre ideologisch motivierten Irrungen zum Schaden der ganzen Nation den Kopf hinhalten müssen. So sieht es nämlich aus! Unterhalten Sie sich doch einmal mit Polizisten!

TE



nicht autorisiert - nicht zitierfähig

(Möller)


Die Polizisten stehen für unsere Sicherheit an vorderster Front und müssen sich in den deutschen Städten fast tagtäglich angreifen lassen. Da solidarisieren sich Linksextremisten mit dem sogenannten Partyvolk. Dass das meistens Leute mit Migrationshintergrund sind, wird mit dem Begriff „Partyvolk“ umschrieben. Und da wundern Sie sich ernsthaft, dass Sie unter den Polizisten nur wenige Wähler haben, außer Ihrem rotlackierten Andreas Büttner, der mal Polizist war oder ist oder beurlaubt worden ist?

Ein kleiner Exkurs: Das BKA hatte uns bei der Bundespolizei vor einigen Jahren informiert, dass sich Linksextremisten zunehmend mit Ausländern, die sich radikalieren, zusammenschließen und gemeinsam gegen unsere Gesellschaft, unseren Staat kämpfen.

Aber zurück zum Thema: Wenn etwas nicht funktioniert, können sich Bürger heute schon beschweren. Beispielsweise bei der Pressestelle der Polizei oder direkt beim Direktionsleiter, beim Direktionspräsidenten, bei den Leitern einzelner Dienststellen, sogar bei der Staatsanwaltschaft kann sich der Bürger beschweren und gegebenenfalls Anzeige erstatten.

(Zurufe)

Bei der Bundespolizei klappt das Beschwerdemanagement; bei der Landespolizei funktioniert es manchmal nicht so gut, wie die Schießstand-Affäre des Landes Berlin in trauriger Weise mit mittlerweile 20 toten Kollegen zeigt. Aber für die Polizisten stehen der Sozialmedizinische Dienst, Polizeiseelsorger, Personalräte etc. jetzt schon zur Verfügung. Hier brauchen die Polizeibeamten aber etwas anderes: Unsere brandenburgischen Polizisten brauchen keinen Polizeibeauftragten, wie ihn sich die LINKEN vorstellen, sondern einen Beauftragten nach dem Vorbild des Bundeswehrbeauftragten. Über diese Idee könnte man ja einmal sprechen. Dieser



nicht autorisiert - nicht zitierfähig

sollte aber auf Bundesebene für alle Polizeibehörden der Länder und des Bundes angesiedelt werden

(Zuruf)

und nicht nur auf Landesebene. Er könnte dann zum Beispiel Vorwürfen nachgehen, wenn Polizeibeamte wegen ihrer Sympathien für die AfD von ihren Vorgesetzten gemobbt werden oder wo das Demonstrieren des Beamten versagt.

Der hier vorliegende Gesetzentwurf entlarvt das gestörte Verhältnis der LINKEN zur Polizei und dem staatlichen Gewaltmonopol. Da liest man in dem fragwürdigen Gesetzentwurf von Problemen - ich zitiere -, die nicht auf das Fehlverhalten Einzelner zurückzuführen seien, sondern „auf etwaige strukturelle oder institutionelle Mängel“. Damit stellen Sie, die LINKEN, unsere Landespolizei auf unerträgliche Art und Weise unter Generalverdacht.

Eines will ich Ihnen auch noch sagen: Wenn Sie schon aus Gesetzentwürfen anderer Bundesländer abkopieren, dann machen Sie es doch richtig. Sie haben nämlich bei der Vereidigungsformel das „So wahr mir Gott helfe“ - wahrscheinlich absichtlich - vergessen. Aber Sie von den LINKEN können ja mit Gott nicht viel anfangen. Für Sie ist Religion nur „Opium für das Volk“, wie Ihr Vordenker Lenin es so gottlos ausdrückte.

Ihren gottlosen Gesetzentwurf braucht kein Mensch. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. - Danke.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Lakenmacher folgt laut Redeliste für die CDU-Fraktion. Bitte schön.

